

Bologna, in a Nutshell

Als vor über 10 Jahren BildungsministerInnen aus 23 europäischen Staaten die Erklärung von Bologna unterzeichneten, beschlossen sie damit eine weltweit beispiellose Veränderung im Hochschulwesen. Die Studiengänge sollten harmonischer organisiert werden, Studienabschlüsse vergleichbar und die internationale Mobilität europäischer Studierender verbessert werden. Ein einheitlicher Hochschulraum Europa sollte entstehen. Das Jahr 2010 wurde als Zielmarke vereinbart. Mittlerweile ist 2010 – Zeit für eine Bilanz.

Die Ausgangslage

Als Bologna beschlossen wurde, lag Protest in der Luft: Gerade in Deutschland gab es die größten Studierendenproteste seit den 68ern. Der Unmut richtete sich gegen überfüllte Hörsäle, eine schlechte Betreuungsrelation zwischen Studierenden und DozentInnen sowie schlecht ausgestattete Bibliotheken. Aber auch die Hochschulleitungen und PolitikerInnen waren unzufrieden mit ihren Hochschulen: Abschlüsse dauerten zu lange und zu viele Studierende brachen ihr Studium ab.

Die Maßnahmen

Bereits ein Jahr vor Bologna wurde mit der Sorbonne-Erklärung die Basis für ein einheitliches Kreditpunktesystem geschaffen: das European Credit Transfer System (ECTS) bildet die Grundlage für die Bewertung und Vergleichbarkeit von Studienleistungen. Mit der Verständigung auf ein zweigliedriges Abschluss-system wurden Bachelor und Master als konsekutive Regelabschlüsse aus der Taufe gehoben. Mit diesen beiden zentralen Maßnahmen sollte dem europäischen Bildungsraum auf die Sprünge geholfen werden, der insbesondere im Vergleich zu den USA und den ostasiatischen Staaten ins Hintertreffen zu geraten schien.

Die Umsetzung

Bereits im Vorfeld standen Asten, auch und insbesondere der von der von der Lili geführte Bochumer AStA, der Entwicklung skeptisch gegenüber: Zu vage waren die Ziele gehalten, zu unverbindlich die Versprechungen, dass das zentrale Problem der deutschen Hochschulen, nämlich ihre chronische Unterfinanzierung, angegangen werde. Das Ergebnis des Bologna-Prozesses ist bekannt: Das altbekannte Diplom wurde kurzerhand ersetzt, da es

die Vorgabe, in acht Semestern studierbar zu sein, nicht erfüllen konnte. Beschlossen wurde ein Studium aus Bachelor und Master, welches bereits auf dem Reisbrett zwei Semester mehr benötigen sollte, um einen mit dem Diplom vergleichbaren Abschluss zu generieren. Gleichzeitig fingen Universitäten an, allen voran die Ruhr-Universität, ihre



Studiengänge bachelorkonform auszurichten – mit teils schrecklichen Folgen. Aus dem Mangel an Einsicht, dass ein acht-semesteriges Diplom- oder Magister-Studium nicht ohne Streichungen im Lehrplan in sechs Semestern zu erreichen sein wird, wurden Bachelorstudiengänge mit einer deutlich höheren Arbeitsbelastung geschaffen, die ohnehin schon durch den neu entstandenen Optionalbereich aufgebläht wurden. Gerade in der Anfangsphase wurden Experimente begonnen, vor deren Ausgang VertreterInnen der Linken Liste immer wieder in Senat und Öffentlichkeit gewarnt hatten: Am Ende standen Studiengängen, von denen erstmals 2009 auch ProfessorInnen eingestehen mussten, dass diese wohl nicht innerhalb von sechs Semestern studierbar sein würden. Viel zu spät, wie

wir immer wieder angemerkt haben, gab im letzten Herbst Rektor Weiler sein Versprechen, dass die Reform reformiert werde. Doch mit diesem Versprechen verhält es sich, ähnlich wie mit der Einführung der Bologna-Reformen: nett, aber ziemlich vage. Im künftigen AStA werden wir uns dafür einsetzen, dass den Versprechungen Taten folgen. Die insbesondere in den Fachschaftsräten vorhandene Kompetenz muss mehr und besser in die Gestaltung der Studiengänge einfließen. Aus der Erkenntnis, dass die derzeitigen Studiengänge weder den Zielen von Bologna gerecht werden noch dazu dienen, einen umfassend gebildeten Menschen hervor zu bringen, muss die Konsequenz gezogen werden, dass Studiengänge entschlackt, Anwesenheitskontrollen abgeschafft werden und Platz geschaffen wird für ein freies Studium.

Too Big to Fail

Immer wieder wird angeführt, das Reformvorhaben von Bologna sei restlos gescheitert, eine Rückkehr zum alten System der einzige Ausweg. Lediglich BildungsministerInnen von CDU und FDP propagieren immer noch unrelativiert die Sonnenseiten von Bologna. Im Ergebnis gilt aber wohl das, was wir im letzten Jahr bei den Banken gelernt haben: Jede noch so schlecht geführte Bank musste gerettet werden, wenn sie systemrelevant war. Die Hochschulen sind auch systemrelevant; Bologna ist zu groß, um es scheitern lassen zu können. Letztlich war das Ziel von Bologna, dass Studierende mit einem Abschluss aus Bochum in Birmingham oder Barcelona die gleichen Startchancen haben wie ein/e AbsolventIn dieser Hochschulstandorte, auch nicht zu kritisieren. Deshalb muss es einen Bologna-Prozess geben, in dem Studiengänge studierbar, die Bedürfnisse von Konzernen nicht der Hauptzweck von Universitäten sind und Bildung wieder einen Selbstwert bekommt.